

Zwischen Parteipolitik und nationalen Interessen: Regierungs-Oppositions-Gegensätze im EU- Verfassungskonvent

Treib, Oliver

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Treib, O. (2008). Zwischen Parteipolitik und nationalen Interessen: Regierungs-Oppositions-Gegensätze im EU-Verfassungskonvent. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(3), 337-356. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281724>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Oliver Treib (Wien)

Zwischen Parteipolitik und nationalen Interessen: Regierungs- Oppositions-Gegensätze im EU-Verfassungskonvent

Welche politischen Konfliktlinien kennzeichnen die europäische Politik? Am Beispiel der Positionen zur Zukunft der EU-Sozialpolitik im EU-Verfassungskonvent untersucht dieser Beitrag, ob die Reformvorstellungen der Delegierten eher von parteipolitischen Ideologien oder nationalen Interessen geprägt waren und inwiefern sich institutionelle Rollendefinitionen auf die Positionen der Konventsmitglieder auswirkten. Auf Grundlage eines neu erstellten Datensatzes über die Positionen der Delegierten zur Reform der Gesetzgebungskompetenzen und Entscheidungsverfahren in der EU-Sozialpolitik wird gezeigt, dass die Positionen insgesamt von einer Kombination aus parteipolitischen Ideologien und nationalen Interessen bestimmt waren. Gleichzeitig treten institutionelle Muster entlang des Gegensatzes zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zu Tage: Delegierte von Regierungsparteien verteidigten stärker ihre jeweiligen nationalen Interessen, während VertreterInnen von Oppositionsparteien eher ideologische Ziele verfolgten. Unterschiedliche Arten der Verantwortlichkeit gegenüber nationalen WählerInnenschaften können als Erklärung für diesen Befund herangezogen werden.

Keywords: Europäische Union, Konfliktlinien, Parteipolitik, nationale Interessen, institutionelle Rollendefinitionen
European Union, cleavages, party politics, national interests, institutional role definitions

1. Einleitung¹

Die Frage, welche Konfliktlinien den politischen Raum der Europäischen Union strukturieren, ist in den vergangenen Jahren vermehrt in den Blick der Forschung geraten. Die Mehrzahl der bisherigen Beiträge suchte nach Mustern der politischen Auseinandersetzung entweder im Europäischen Parlament (zum Beispiel Raunio 1997; Kreppel 2002; Hix et al. 2007) oder in Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten (Moravcsik 1998; Mattila/Lane 2001; Mattila 2004; Aspinwall 2002; 2007; Manow et al. 2004; Thomson et al. 2004; Zimmer et al. 2005; Hayes-Renshaw et al. 2006). Erste Erkenntnisse liegen auch darüber vor, wie die Konfliktlinien innerhalb der Europäischen Kommission verlaufen (Hooghe 2001; Wonka 2007). Ein wachsender Forschungszweig beschäftigt sich schließlich mit den Einstellungen von BürgerInnen und nationalen politischen Parteien zur europäischen Integration (siehe etwa Kritzinger 2003; 2005; Marks/Steenbergen 2004).

Die bisherigen Ergebnisse dieser Forschung ergeben ein uneinheitliches Bild: Manche Beiträge betonen, dass die Auseinandersetzungen über europäische Themen von verschiedenen parteipolitischen Einflüssen geprägt sind, während andere auf die Bedeutung unterschiedlicher Arten nationaler Interessen hinweisen. Dabei haben sich die meisten AutorInnen bislang jeweils nur mit *einzelnen Akteurskategorien* beschäftigt, während die Frage, inwiefern sich die Konflikt-

linien *zwischen verschiedenen Akteursgruppen* unterscheiden, bisher kaum beachtet wurde (eine interessante Ausnahme bilden Lindgren/Persson 2008). Es gibt jedoch gute theoretische Gründe anzunehmen, dass sich die Positionen politischer AkteurInnen auf der europäischen Ebene systematisch unterscheiden, je nach dem, wie stark ihre Handlungen von nationalen WählerInnen-schaften kontrolliert werden, ob sie Regierungen oder Parlamente repräsentieren oder ob sie Regierungs- oder Oppositionsparteien vertreten. Dass solche Effekte institutioneller Rollendefinitionen bislang kaum beachtet wurden, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die verfügbaren Daten einen Vergleich verschiedener Akteursgruppen in der Regel nicht zulassen.

Hier setzt die vorliegende Studie an. Um mögliche Unterschiede zwischen verschiedenen Akteursgruppen aufzuspüren, wurde ein Datensatz erstellt, der die Positionen von 90 Mitgliedern des EU-Verfassungskonvents zur Reform der Vertragsartikel im Bereich der EU-Sozialpolitik erfasst. Im Konvent war eine Vielzahl unterschiedlicher supranationaler und nationaler AkteurInnen vertreten. Daher bietet er eine der wenigen Gelegenheiten, um die Positionen von RegierungsvertreterInnen, nationalen ParlamentarierInnen und Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu ein und demselben Thema miteinander zu vergleichen. Auf dieser Grundlage geht der Beitrag der Frage nach, inwiefern die Positionen der Delegierten zur Zukunft der EU-Sozialpolitik von parteipolitischen Ideologien oder nationalen Interessen bestimmt waren und inwiefern sich Unterschiede zwischen verschiedenen Akteursgruppen nachweisen lassen.

Die statistische Analyse zeigt, dass die Positionen der Konventsmitglieder insgesamt eine Mischung aus parteipolitischen Einflüssen und nationalen Interessen widerspiegeln. Zugleich lässt sich eine institutionell geprägte Trennlinie zwischen nationalen Regierungs- und OppositionsvertreterInnen erkennen. Delegierte von Regierungsparteien verteidigten vor allem ihre jeweiligen nationalen Interessen, während VertreterInnen von Oppositionsparteien eher ideologische Ziele vertraten. Dass der nationale Gegensatz zwischen Regierung und Opposition auch auf der europäischen Ebene eine Rolle spielt, ist auf unterschiedliche Beziehungen zwischen WählerInnen und Parteien zurückzuführen. Um auch bei der nächsten Wahl genügend Mandate zu erringen, müssen Regierungsparteien danach trachten, negative Auswirkungen europäischer Politik in ihren jeweiligen Ländern zu vermeiden, da sie für die nationale Durchsetzung europäischer Politik zuständig sind und daher von den WählerInnen für derartige Kosten verantwortlich gemacht würden. Oppositionsparteien müssen elektorale Sanktionen demgegenüber weniger fürchten, wenn sie, im Europäischen Parlament oder im Rahmen des Verfassungskonvents, an der europäischen Entscheidungsfindung teilnehmen. Daher können sie es sich leisten, nationale Interessen hintanzustellen und stattdessen ihre ideologischen Ziele zu verfolgen.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Der nächste Abschnitt diskutiert die vorhandene Literatur und leitet daraus eine Reihe von Hypothesen darüber ab, welche Positionen zur Zukunft der EU-Sozialpolitik von den Konventsmitgliedern zu erwarten sind. Abschnitt 3 stellt den Datensatz vor und testet die Hypothesen mit Hilfe verschiedener OLS-Regressionsmodelle. Der letzte Abschnitt fasst schließlich die wesentlichen Ergebnisse der Analyse zusammen und diskutiert ihre Implikationen für die weitere Forschung.

2. Politische Konflikte auf der EU-Ebene aus theoretischer Perspektive

2.1. Nationale Interessen

Andrew Moravcsik (1998) hat eine der prominentesten Theorien über die politische Positionierung von AkteurInnen auf der EU-Ebene vorgelegt. Sein liberaler Intergouvernementalismus

konzentriert sich auf die Positionen von Regierungen. Er argumentiert, dass Regierungen primär die Anliegen mächtiger nationaler Wirtschaftsinteressen vertreten. Richtung und Stärke dieses Interessengruppendrucks unterscheiden sich jedoch von Politikfeld zu Politikfeld. Bei markt-korrigierender Regulierung, wie sie im Zentrum der EU-Sozialpolitik steht, ist die ökonomische Logik durch die Höhe der bestehenden nationalen Standards bestimmt. Länder mit hohen Sozialstandards sollten daher einen Ausbau gemeinsamer europäischer Schutzvorschriften befürworten, da ihre Produzenten von solchen Vorschriften keine Kosten zu befürchten haben. Länder mit niedrigen Sozialstandards sollten Plänen zur Schaffung europaweiter Sozialvorschriften dagegen skeptisch gegenüberstehen, da ihre Volkswirtschaften dadurch mit Kosten belastet würden (Moravcsik 1998, 28, 37–38, 50). Überträgt man diese ökonomische Kostenlogik auf alle am EU-Entscheidungsprozess beteiligten AkteurInnen, die auf die eine oder andere Weise nationalstaatliche Bindungen aufweisen, so lässt sich die folgende Hypothese formulieren:

H1: Vermeidung ökonomischer Kosten: VertreterInnen von Ländern mit hohen Sozialstandards befürworten den Ausbau europaweiter sozialpolitischer Regelungen, während sich AkteurInnen aus Ländern mit niedrigen Standards gegen eine Expansion der EU-Sozialpolitik aussprechen.

Ein ähnliches, wenngleich auf einem breiteren Verständnis von Anpassungskosten beruhendes Argument wurde von Adrienne Héritier und ihren Mitarbeitern (1996) vorgebracht. In einer Studie über die EU-Luftreinhaltepolitik zeigten sie, wie nationale Regierungen und Verwaltungen versuchen, ihre eigenen nationalen Regulierungsmodelle auf die europäische Ebene zu übertragen, um auf diese Weise die späteren Anpassungskosten zu minimieren. Gemäß dieses „Misfit“-Arguments sollten Regierungen EU-Initiativen ablehnen, die nicht mit ihren eigenen Regelungs-traditionen übereinstimmen und daher massive Umstellungen erfordern würden.

Der Unterschied zu Moravcsiks Theorie ist, dass das „Misfit-Argument“ nicht nur auf ökonomische Anpassungskosten abstellt, sondern auch Änderungen der Problemlösungsphilosophien und der institutionellen Strukturen bestehender nationaler Politiktraditionen berücksichtigt. Damit wären auch Konflikte zwischen Ländern mit ähnlichen Regulierungsniveaus, aber unterschiedlichen Regelungsmodellen zu erwarten. Obwohl sich das ursprüngliche Argument auf die Positionen von Regierungen bezieht, lässt es sich auch auf andere AkteurInnen nationalen Ursprungs anwenden, etwa auf Abgeordnete des Europäischen Parlaments (siehe dazu etwa Callaghan/Höpner 2005).

H2: Verteidigung nationaler Regulierungsmodelle: Nationale AkteurInnen wenden sich gegen EU-Vorschläge, die mit ihren nationalen Politiktraditionen in Konflikt stehen, während sie Initiativen unterstützen, die mit ihren eigenen Regelungsbeständen übereinstimmen.

Das Argument von Zimmer et al. (2005) ähnelt ebenfalls der These Moravcsiks, betont aber die Rolle nationaler Wirtschaftsinteressen noch stärker. Auf Grundlage einer Analyse des „Decision-Making in the European Union“-Datensatzes (Thomson et al. 2006) kommen sie zu dem Ergebnis, dass die politischen Auseinandersetzungen im EU-Ministerrat von einer übergreifenden Konfliktlinie bestimmt sind: dem Gegensatz zwischen Nettozahler- und Nettoempfänger-Ländern. Diese Konfliktlinie umfasst mehrere Dimensionen. Die wohlhabenden Nettozahler-Länder im nordwestlichen Teil Europas streben nach Marktöffnung, der Begrenzung von Agrar- und Strukturfondsausgaben und hohen Schutzstandards in Bereichen wie dem Umweltschutz oder der

Sozialpolitik. Die ärmeren Nettoempfänger-Staaten im Süden und Osten verteidigen dagegen protektionistische nationale Vorschriften, streben nach einem Ausbau von EU-Ausgabenprogrammen und lehnen hohe EU-Schutzstandards in der Umwelt- oder Sozialpolitik ab.

H3: Nettozahler versus Nettoempfänger: AkteurInnen aus Nettozahler-Ländern treten für eine Ausdehnung europaweiter sozialpolitischer Schutzvorschriften ein, während VertreterInnen von Nettoempfänger-Ländern einem Ausbau sozialpolitischer EU-Regelungen skeptisch gegenüberstehen.

2.2. Parteipolitische Einflüsse

Keine der bislang vorgestellten Thesen lässt Raum für parteipolitische Einflüsse auf die Positionierung von AkteurInnen in EU-Verhandlungen. Dennoch gibt es auch AutorInnen, die davon ausgehen, dass auf der europäischen Ebene parteipolitische Ziele verfolgt werden. Aus der Literatur lassen sich zwei unterschiedliche parteipolitische Hypothesen ableiten. Die Erste geht von der Beobachtung aus, dass der Zusammenhang zwischen der ideologischen Ausrichtung von Parteien und ihrer Haltung zur europäischen Integration einer „inverted U curve“ gleicht (Hooghe et al. 2002b, 968). Extrem linke und extrem rechte Parteien lehnen die Integration ab, während zentristische Parteien das Integrationsprojekt unterstützen. Auf Grundlage einer Analyse von Regierungspositionen in den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag hat Mark Aspinwall (2002) gezeigt, dass der Grad des parteipolitischen Zentrismus oder Extremismus von Regierungen nicht nur ihre generelle Einstellung zur europäischen Integration bestimmt, sondern auch großen Einfluss auf die tatsächlichen Verhandlungspositionen in Regierungskonferenzen hat: Je weiter im Zentrum des politischen Spektrums politische AkteurInnen angesiedelt sind, desto mehr befürworten sie Reformen zur Vertiefung der europäischen Integration. Eine ähnliche Argumentation lässt sich in der Literatur zum Europäischen Parlament finden. Anhand von Untersuchungen namentlicher Abstimmungen hat dieser Forschungszweig nachgewiesen, dass eine wichtige Konfliktdimension im Europäischen Parlament zwischen euroskeptischen und pro-integrationistischen Parteien verläuft (siehe etwa Hix et al. 2007).

H4: Extremismus und generelle Unterstützung der europäischen Integration: Zentristische Parteien, die der europäischen Integration generell positiv gegenüberstehen, befürworten eine Ausdehnung der sozialpolitischen Handlungsfähigkeit der EU. VertreterInnen von Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, die der europäischen Integration insgesamt ablehnend gegenüberstehen, wollen einen Ausbau der EU-Sozialpolitik verhindern.

Hooghe et al. (2002b) haben nicht nur die generelle Haltung politischer Parteien zur europäischen Integration untersucht, sondern auch deren Einstellung zu Integrationsschritten in einzelnen Politikfeldern. Der Politikfeldvergleich zeigt, dass linke Parteien eine Vertiefung der Integration in Politikfeldern unterstützen, in denen es um das Ziel des „European regulated capitalism“ geht – etwa in der Umwelt-, Kohäsions- oder Beschäftigungs- und Sozialpolitik –, während rechte Parteien der Integration in diesen Bereichen ablehnend gegenüberstehen (Hooghe et al. 2002b, 972). Sie weisen außerdem nach, dass der Links-Rechts-Effekt stärker ist, wenn man nur zentristische Parteien betrachtet, denn dadurch wird der generelle Euroskeptizismus extremistischer

Parteien ausgeklammert (Hooghe et al. 2002b, 972ff.). Es wird also argumentiert, dass der traditionelle Links-Rechts-Gegensatz zwischen nationalen Parteien auch auf der europäischen Ebene zum Tragen kommt, allerdings nur in Bereichen, in denen es um Umverteilungsmaßnahmen zwischen sozialen Gruppen und um die Regulierung von Märkten geht.

Manow et al. (2004) vertreten einen ähnlichen Standpunkt. Während die Analyse von Hooghe et al. jedoch auf Einschätzungen von ExpertInnen zur *generellen* Haltung bestimmter politischer Parteien gegenüber weiteren Integrationsschritten beruht, stellen sie eine direkte Verbindung zwischen der Links-Rechts-Positionierung von Regierungen und ihren tatsächlichen politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene her. Sie legen Daten zur parteipolitischen Ausrichtung der mitgliedstaatlichen Regierungen zwischen 1953 und 2003 vor und argumentieren in einer Fallstudie zur EU-Sozialpolitik, dass die Veränderung des „party-political centre of gravity“ unter den Regierungen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der sozialpolitischen Vertragsgrundlagen von den Römischen Verträgen bis zum Vertrag von Amsterdam hatte.

Ebenso hat die Forschung über die Struktur der politischen Auseinandersetzung im Europäischen Parlament nachgewiesen, dass das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei namentlichen Abstimmungen entscheidend von ihrer Position auf der Links-Rechts-Skala beeinflusst wird (Hix et al. 2007). Manche Beiträge zum Abstimmungsverhalten der Regierungen im Ministerrat weisen in eine ähnliche Richtung (Mattila 2004).

H5: Links-Rechts-Gegensatz: VertreterInnen linker Parteien unterstützen den Ausbau der EU-Sozialpolitik, während RepräsentantInnen rechter Parteien diesbezüglich eine ablehnende Haltung einnehmen.

2.3. Institutionelle Rollendefinitionen

Die dritte Gruppe von Hypothesen beruht auf der Annahme, dass institutionelle Rollendefinitionen Einfluss darauf haben, inwiefern bestimmte AkteurInnen eher parteipolitische Ideologien oder nationale Interessen verfolgen. Die Ergebnisse der Literatur zu den Konfliktlinien im Europäischen Parlament und zwischen den nationalen Regierungen scheinen diese Annahme grundsätzlich zu bestätigen. So ist der Tenor der Literatur, dass im Europäischen Parlament vor allem parteipolitische Faktoren von Bedeutung sind (Hix et al. 2007; siehe jedoch Callaghan/Höpner 2005), während die Positionen der Regierungen von nationalen Interessen bestimmt sind (Moravcsik 1998; Héritier et al. 1996; Mattila/Lane 2001; Zimmer et al. 2005; siehe jedoch Manow et al. 2004; Mattila 2004).

Dafür lassen sich verschiedene Gründe anführen. Erstens könnte der Unterschied darauf zurückzuführen sein, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments weniger stark von ihren nationalen WählerInnenschichten kontrolliert werden als nationale ParlamentarierInnen oder Regierungen. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die Annahme, dass politische AkteurInnen, sofern sie niemand anderweitig beeinflusst, gemäß ihren ideologischen Zielen handeln. Wenn nationale WählerInnenschichten negative Effekte von einer Entscheidung auf der europäischen Ebene zu erwarten haben, sollte man allerdings davon ausgehen, dass RepräsentantInnen, die gegenüber ihren WählerInnen verantwortlich sind und von diesen kontrolliert werden, nicht nach rein ideologischen Gesichtspunkten entscheiden, sondern auch die möglichen Kosten für nationale WählerInnenschaften in ihre Entscheidung einbeziehen.

Nun gibt es aber empirische Anzeichen dafür, dass Europaabgeordnete weniger stark durch die Öffentlichkeit und ihre WählerInnen kontrolliert werden als nationale ParlamentarierInnen oder Regierungen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Wahlen zum Europäischen Parlament den Charakter von „second-order elections“ haben, in denen es eher um nationale als um europäische Themen geht (Reif/Schmitt 1980; Marsh 1998). Obwohl sich dieser Effekt in den letzten Jahren etwas abgeschwächt zu haben scheint (Manow 2005), lässt sich daraus doch die Erwartung ableiten, dass die WählerInnen weniger Interesse haben, nach der Wahl ihre EuropaparlamentarierInnen zu kontrollieren als dies gegenüber nationalen Abgeordneten oder Regierungen der Fall ist. Das Fehlen einer europäischen Medienöffentlichkeit dürfte die Kontrolle darüber hinaus deutlich schwerer als im nationalen Rahmen machen. Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben folglich weniger Grund, in der EU-Entscheidungsfindung die Interessen nationaler WählerInnenschichten zu berücksichtigen, als dies bei nationalen Abgeordneten oder Regierungen der Fall ist. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass sie eher ihren parteipolitischen Ideologien als nationalen Interessen folgen werden.²

H6: Kontrolle durch nationale WählerInnen: EP-Abgeordnete versus nationale AkteurInnen: Die Positionen von EP-Abgeordneten sind stärker von rein ideologischen Zielen geprägt, während nationale ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen eher nationale Interessen verfolgen.

Zweitens könnte es sein, dass ParlamentarierInnen und Regierungen grundsätzlich unterschiedliche Gruppierungen repräsentieren. In diese Richtung geht das Argument von Gary Marks (2004, 251): „Political parties compete on ideology; national governments compete by representing distinct territorial communities.“ Nationale Regierungen wird in dieser Sichtweise also das Streben zugeschrieben, das Gesamtinteresse ihrer jeweiligen Länder auf der europäischen Ebene zu vertreten, während davon ausgegangen wird, dass Parlamentsabgeordnete stärker dazu neigen, die Interessen von Teilgruppierungen zu vertreten, die ihnen ideologisch nahestehen. Dies führt zu folgender Hypothese:

H7: Repräsentation unterschiedlicher Gruppierungen: Regierungen versus ParlamentarierInnen: Die Positionen von Abgeordneten nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments orientieren sich eher an den jeweiligen parteipolitischen Ideologien, während Regierungen stärker der Verteidigung nationaler Gesamtinteressen verpflichtet sind.

Drittens ist denkbar, dass der nationale Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien auch auf der europäischen Ebene zum Tragen kommt. Die politische Auseinandersetzung auf der nationalen Ebene ist stark von dem Gegensatz zwischen Regierung und Opposition geprägt. Deshalb ist zu erwarten, dass RepräsentantInnen nationaler politischer Parteien auch auf der europäischen Ebene gemäß ihren jeweiligen Regierungs- bzw. Oppositionsrollen handeln werden (Hix et al. 2007, 164). Da es in der Verantwortung der Regierungen liegt, europäische Beschlüsse national durchzusetzen und sie daher auch primär für negative Effekte solcher Beschlüsse verantwortlich gemacht werden, ist davon auszugehen, dass VertreterInnen von Regierungen und den zugehörigen politischen Parteien eher nationale Interessen verteidigen werden. Oppositionsparteien müssen sich dagegen weniger um mögliche negative Auswirkungen europäischer Beschlüsse kümmern, da sie nicht für deren nationale Durchsetzung verantwortlich sind. Sie können es sich daher leisten, eher ihre ideologischen Ziele zu verfolgen.

H8: Unterschiedliche Verantwortlichkeiten: Regierungs- versus Oppositionsparteien: Regierungen und Regierungsparteien vertreten primär nationale Interessen, während die Positionen von VertreterInnen nationaler Oppositionsparteien stärker von ideologischen Faktoren geprägt sind.

Damit sind die wesentlichen Hypothesen herausgearbeitet. Im nächsten Abschnitt wird nun deren relative Erklärungskraft anhand eines neu erstellten Datensatzes über die Positionen der Konventsmitglieder zur Reform der sozialpolitischen Vertragsartikel überprüft.

3. Konfliktlinien im Konvent: das Beispiel der Sozialpolitik

3.1. Fallauswahl

Die Debatten im EU-Verfassungskonvent bieten eine leicht zugängliche Informationsquelle, um Aufschluss über die Positionen einer breiten Palette unterschiedlicher AkteurInnen zu einer Vielzahl wichtiger Themen der EU-Reform zu erhalten. Im Gegensatz zu Verhandlungen im Rahmen des Europäischen Rates oder des Ministerrates fanden die Beratungen des Konvents nicht hinter verschlossenen Türen statt. Vielmehr wurden alle Beiträge der Konventsmitglieder im Internet öffentlich zugänglich gemacht. Die Verhandlungen im Konvent bieten zwei weitere Vorteile für die Analyse von politischen Konfliktlinien auf der europäischen Ebene. Erstens können die Äußerungen der Konventsmitglieder als Positionen zu konkreten Reformoptionen interpretiert werden. Eine Analyse dieser Positionen verspricht daher verlässlichere Ergebnisse über die *tatsächlichen* politischen Einstellungen der beteiligten AkteurInnen als Daten aus ExpertInnenbefragungen, wie sie etwa der Untersuchung von Hooghe et al. (2002b) zugrunde liegen. Der zweite und für das Argument dieses Beitrags entscheidende Vorteil ist, dass die Analyse des Konvents es ermöglicht, die Positionen von unterschiedlichen AkteurInnen – Mitgliedern des Europäischen Parlaments, VertreterInnen nationaler Regierungen und Abgeordneten nationaler Parlamente – zu ein und denselben Themen miteinander zu vergleichen.

Unter der Vielzahl der Themen, die im Konvent debattiert wurden, konzentriert sich dieser Beitrag auf die Positionen zur Zukunft der EU-Sozialpolitik. Da die politischen Auseinandersetzungen in verschiedenen Politikbereichen insgesamt sehr unterschiedlichen Logiken folgen können (Lowi 1972) und sich auch die Effekte in verschiedenen Mitgliedstaaten von Politikfeld zu Politikfeld deutlich unterscheiden können, scheint es Erfolg versprechender zu sein, sich auf einzelne Politikbereiche zu konzentrieren, als nach politikfeldübergreifenden Mustern zu suchen. Die Auseinandersetzungen zur Reform der Sozialpolitik wurden erstens deshalb ausgewählt, weil dieses Thema im Konvent sehr kontrovers war. Die Sozialpolitik gehörte zu den wenigen Politikbereichen, denen eine eigene Arbeitsgruppe gewidmet war. Diese Arbeitsgruppe brachte eine große Anzahl sehr konkreter Positionspapiere hervor. Die Plenardebatte über den Bericht der Arbeitsgruppe war ebenfalls sehr lebhaft. Und nachdem das Präsidium einen ersten Entwurf des Verfassungsvertrags vorgelegt hatte, riefen die Artikel zur Sozialpolitik erneut eine Fülle von Änderungsvorschlägen hervor. So war es möglich, die Positionen einer Vielzahl von Delegierten zur Zukunft der EU-Sozialpolitik zu identifizieren.

Zweitens zählt der Bereich der Sozialpolitik sicherlich zu denjenigen Politikfeldern, in denen die ökonomische Links-Rechts-Dimension der politischen Auseinandersetzungen traditionell am stärksten zum Tragen kommt. Die Frage, ob man in das Marktgeschehen politisch

eingreifen soll, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen sozial benachteiligter Gruppen zu verbessern, oder ob man derlei Verteilungsfragen lieber dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen sollte, gehört von jeher zum Kernbereich des nationalen Parteienwettbewerbs. Wenn parteipolitische Faktoren auch auf der europäischen Ebene eine Rolle spielen, müssten sich deren Auswirkungen in der Sozialpolitik am deutlichsten zeigen. Gleichzeitig hat die sozialpolitische Regulierung auf EU-Ebene sehr unterschiedliche Konsequenzen für die Mitgliedstaaten. Länder mit niedrigen Standards oder abweichenden Regelungstraditionen werden mit spürbaren Anpassungskosten konfrontiert, nicht jedoch Länder mit hohen Schutzniveaus und kompatiblen Politikmodellen. Im Gegensatz zu Bereichen wie der Agrar- oder Haushaltspolitik, wo Verteilungskonflikte zwischen Ländern deutlich wichtiger sind als Fragen der Umverteilung zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten innerhalb der Mitgliedstaaten, dürften in der EU-Sozialpolitik sowohl der Schutz nationaler Regelungstraditionen und die Abwehr ökonomischer Kosten als auch das Streben, ideologische Ziele durchzusetzen, eine Rolle spielen. Dies ist sehr wichtig, um die institutionellen Effekte der Hypothesen 6, 7 und 8 zu überprüfen, die ja gerade auf die unterschiedliche Betonung parteipolitischer Faktoren oder nationaler Interessen durch verschiedene Akteursgruppen abheben. Diese Effekte lassen sich nicht feststellen, wenn in einem Politikfeld bereits von vornherein nationale Interessen dominieren.

3.2. *Datengrundlage and Untersuchungsmethode*

Um die Positionen der Delegierten zur Reform der institutionellen Regeln im Bereich der EU-Sozialpolitik zu messen und einer statistischen Analyse zugänglich zu machen, wurde ein Index gebildet, der auf einer qualitativen Inhaltsanalyse der relevanten Dokumente aus den Konventsberatungen basiert. Verfügbare quantitative und qualitative Daten wurden verwendet, um die unabhängigen Variablen zu operationalisieren. Schließlich wurden verschiedene OLS-Regressionsmodelle geschätzt, um die Hypothesen zu überprüfen.

Abhängige Variable: Unterstützung einer Ausdehnung von Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungen in der EU-Sozialpolitik

Die Konventsdebatten zum Thema Sozialpolitik wurden durch das Mandat der Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ strukturiert. Der wichtigste der im Mandat erwähnten Punkte betraf die Frage, inwiefern die Gesetzgebungskompetenzen und der Bereich qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik ausgedehnt werden sollten. Die Positionen zu dieser Frage wurden für den vorliegenden Beitrag ausgewählt, da Reformen in diesem Bereich direkte und leicht abschätzbare Regelungseffekte zur Folge haben. Als die Konventsberatungen begannen, verfügte die EU bereits über eine breite Palette legislativer Kompetenzen im Sozialbereich. Allerdings waren einige besonders sensible Bereiche der Arbeitsbeziehungen explizit von einer gesetzlichen Regelung ausgeschlossen. Darüber hinaus erlaubten die Verträge in Kernbereichen nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit nur die Anwendung unverbindlicher Instrumente wie der Offenen Methode der Koordinierung. Schließlich war zur Verabschiedung gesetzlicher Regelungen in einer Reihe wichtiger Bereiche eine einstimmige Beschlussfassung im Ministerrat nötig. Eine Ausdehnung von Gesetzgebungskompetenzen und Mehrheitsentscheidungen würde daher die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöhen, dass die EU verbindliche Regelungen in denjenigen Bereichen verabschiedet, wo legislative Interventionen bislang untersagt waren oder durch hohe Konsenser-

fordernisse verhindert wurden. Diese Frage ist daher bestens geeignet, um den Einfluss von parteipolitischen Ideologien und nationalen Interessen auf die Positionen von AkteurInnen zu bestimmen, da hier die Entscheidung über konstitutionelle Reformen mit klaren Erwartungen über die wahrscheinlichen Regelungseffekte und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Mitgliedstaaten verbunden ist.³

Die abhängige Variable ist ein Index, der abbildet, inwiefern die Delegierten eine Ausdehnung von Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungen im Bereich Sozialpolitik unterstützten oder ablehnten. Drei Arten von Dokumenten wurden herangezogen, um diesen Index zu bilden:

- 46 individuelle Positionspapiere, die im Rahmen der Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ entstanden;⁴
- 85 individuelle Redebeiträge im Plenum, die im Rahmen von zwei Debatten zum Thema Sozialpolitik am 7. November 2002 sowie am 6. und 7. Februar 2003 abgegeben wurden;⁵
- 66 Änderungsanträge bezüglich der sozialpolitischen Vertragsartikel in Teil III des Verfassungsvertrags, viele davon von mehreren Delegierten eingereicht.⁶

Um die Positionen der Delegierten zu erfassen, die sich zu diesem Thema geäußert hatten, wurde eine qualitative Inhaltsanalyse dieser 197 Dokumente durchgeführt. Eine solche detaillierte qualitative Auswertung lässt sich aus praktischen Gründen natürlich nur für eine begrenzte Menge an Text durchführen. Diese Methode ist daher sicherlich keine Alternative zu größeren Forschungsvorhaben wie etwa dem DOSEI-Projekt, das ExpertInneninterviews und quantitative Auswertungsverfahren von Konventsdokumenten nutzte, um die Positionen der Konventsmitglieder zu einer Vielzahl im Konvent debattierter Fragen zu bestimmen (König 2005; König/Hug 2006).⁷ Die qualitative Auswertung von Konventsdokumenten hat jedoch einige Vorteile gegenüber anderen Verfahren zur Bestimmung von Akteurspositionen. Anders als ExpertInnenbefragungen, deren Zuverlässigkeit stark davon abhängt, dass man geeignete Personen findet, welche die Positionen der AkteurInnen zu den gewünschten Themen auch tatsächlich kennen, werden hier politische Äußerungen der Konventsdelegierten selbst untersucht. Da es sich hierbei um Äußerungen handelt, die im politischen Entscheidungsprozess entstanden sind und nicht aus indirekten, zur Verzerrung neigenden Quellen wie Presseinterviews oder Memoiren stammen, versprechen diese Texte ein hohes Maß an Authentizität. Und im Vergleich zur quantitativen Inhaltsanalyse dürfte die qualitative Auswertung von Texten weniger Probleme haben, den Sinn eines bestimmten Dokuments korrekt zu erfassen (für eine kritische Einschätzung quantitativer Textauswertungsverfahren, siehe Tsebelis 2005).

Zur Erstellung des Indexes wurde zunächst eine Liste aller Delegierten erstellt, die in den 197 analysierten Dokumenten auf die eine oder andere Weise vertreten waren. Danach wurden alle Äußerungen jedes Delegierten inhaltlich zusammengefasst und auf dieser Grundlage jeder Position ein Wert zwischen -2 und +2 zugewiesen.⁸ Dabei bedeutet ein Wert von 0, dass der oder die betreffende Delegierte am Status quo festhalten möchte. Werte von +1 und +2 beziehen sich auf Positionen, die eine moderate beziehungsweise signifikante Expansion der Gesetzgebungskompetenzen und Mehrheitsentscheidungen befürworten, während negative Werte für Positionen stehen, die einen moderaten beziehungsweise signifikanten Rückbau des Status quo anstreben. Es wurden auch Zwischenwerte (etwa 1,5) vergeben. Der höchste positive Wert von +2 wurde beispielsweise Positionen zugewiesen, die für eine generelle Anwendung der Mehrheitsentscheidungsregel im Sozialbereich und eine Ausdehnung der Gesetzgebungskompetenzen zumindest auf die bislang ausgeschlossenen Bereiche eintraten.

Dies führte zu insgesamt 90 Positionen, womit das Sample etwa 40 Prozent aller (relevanten) Konventsdelegierten abdeckt.⁹ Tabellen 3 und 4 im Anhang zeigen, dass es zwar einige Abweichungen zwischen den 90 Delegierten und der Gesamtheit der Konventsmitglieder gibt, aber keine systematische Verzerrung vorliegt. Tabelle 3 verdeutlicht, dass einige Länder leicht über-, andere etwas unterrepräsentiert sind. Insgesamt sind aber nur sechs von 28 Ländern überhaupt nicht im Untersuchungssample enthalten. Aus Tabelle 4 geht hervor, dass EuropaparlamentarierInnen und Delegierte von nationalen Oppositionsparteien etwas überrepräsentiert sind, während der Anteil von nationalen Parlamentsabgeordneten und von VertreterInnen nationaler Regierungsparteien etwas geringer ist als in der Gesamtgruppe. Dennoch scheinen auch diese Abweichungen nicht gravierend genug zu sein, um systematische Verzerrungen hervorzurufen. Entscheidend ist, dass der Datensatz alle Konventsmitglieder abdeckt, die tatsächlich aktiv eine Position zur Reform der Kompetenzen und Entscheidungsregeln im Bereich EU-Sozialpolitik in die Konventsberatungen einbrachten; die „fehlenden“ 138 Delegierten sind daher nicht das Resultat eines absichtlichen Auswahlprozesses. Hätte es im Konvent eine Abstimmung zum Thema Sozialpolitik gegeben, dann lässt sich aus dem eben Gesagten die Erwartung ableiten, dass der Großteil der 138 „fehlenden“ Delegierten sich wahrscheinlich der Stimme enthalten oder am Abstimmungsverhalten nahestehender Kollegen aus demselben Land und/oder derselben Partei orientiert hätte.

Tabelle 5 im Anhang liefert weitere deskriptive Angaben zur abhängigen Variable. Die Werte der 90 Positionen reichen von $-0,5$ bis $+2,0$. Der Mittelwert aller Positionen ist $1,11$ und die Standardabweichung beträgt $0,77$. Der durchschnittliche Delegierte befürwortete daher eine moderate Ausdehnung von Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungen. Nur zwei Delegierte sprachen sich für einen (moderaten) Rückbau der Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungsbereiche aus. Der geringe Anteil von Anhängern eines Status-quo-Rückbaus ist auf die Art und Weise zurückzuführen, in der das Thema im Konvent auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es war von vornherein klar, dass ein akzeptables Ergebnis irgendwo zwischen dem Status quo des Vertrags von Nizza und einer wie auch immer gearteten Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen im Bereich der Sozialpolitik liegen würde. Die Agenda der Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ gab mit Formulierungen wie etwa zur Reform des Entscheidungsverfahrens diese Linie bereits vor: „Was die Verfahren betrifft, inwieweit sollten die Mitentscheidung und die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf Bereiche ausgedehnt werden, für die derzeit Einstimmigkeit erforderlich ist?“ (Dok. CONV 421/02).

Tabelle 1: Hypothesen, Operationalisierung and erwartete Effekte

Hypothese/Variable	Operationalisierung und Messung	Erwartete Effekte
1: Ökonomische Kosten	Anteil der Sozialausgaben am BIP, für das Jahr 2001. Quelle: Eurostat. Variable: SOC.	Positiv.
2: Misfit	Dummy-Variable, die den erwarteten nationalen Anpassungsbedarf einer Ausweitung der EU-Gesetzgebung im Bereich Arbeitsrecht misst (0 = gering, 1 = hoch). Länder mit hohem „Misfit“: BG, CY, CZ, DK, EE, FI, HU, IE, LT, LV, MT, PL, RO, SE, SI, SK, TR, UK. Quelle: Ferner/Hyman (1999); Paoli/Parent-Thirion (2003); Vaughan-Whitehead (2003); Falkner et al. (2005), Codierung durch Autor. Variable: MIS.	Negativ.

3: Nettozahler vs. Nettoempfänger	Daten der EU-Kommission über die Nettobeiträge zum und Nettoauszahlungen aus dem EU-Haushalt, als Anteil des Bruttonationaleinkommens, für das Jahr 2004. Quelle: CEC (2006). ¹ Variable: CONT.	Positiv.
4a: Grad des Extremismus der repräsentierten Partei	ExpertInnenbefragungsdaten über die Positionen von Parteien auf der allgemeinen Links-Rechts-Skala. Messung von Extremismus: Distanz zum Mittelpunkt der Skala. Quelle: Hooghe et al. (2002a); Benoit/Laver (2006), eigene Berechnung des Autors. ² Variable: EXT.	Negativ.
4b: Unterstützung der europäischen Integration	ExpertInnenbefragungsdaten über den Grad der Unterstützung der europäischen Integration durch politische Parteien. Quelle: Hooghe et al. (2002a); Benoit/Laver (2006). ² Variable: EU.	Positiv.
5: Position der Parteien auf der ökonomischen Links-Rechts-Achse	ExpertInnenbefragungsdaten über die Position politischer Parteien auf der ökonomischen Links-Rechts-Skala. Quelle: Hooghe et al. (2002a); Benoit/Laver (2006). ² Variable: LR.	Negativ.
6: Kontrolle durch WählerInnen (Europaabgeordnete vs. nationale AkteurInnen)	Interaktionseffekte zwischen Dummy-Variable MEP, die die Zugehörigkeit zur Gruppe der Europaabgeordneten angibt, und den restlichen unabhängigen Variablen.	Positionen von EP-Abgeordneten primär durch parteipolitische Faktoren bestimmt.
7: Repräsentation unterschiedlicher Gruppierungen (Regierungen vs. ParlamentarierInnen)	Interaktionseffekte zwischen Dummy-Variable GOV, die die Zugehörigkeit zur Gruppe der RegierungsvertreterInnen angibt, und den restlichen unabhängigen Variablen.	Positionen von RegierungsvertreterInnen primär durch nationale Interessen bestimmt.
8: Unterschiedliche Verantwortlichkeiten (Regierungs- vs. Oppositionsparteien)	Interaktionseffekte zwischen Dummy-Variable OPP, die die Zugehörigkeit zur Gruppe der VertreterInnen von Oppositionsparteien angibt, und den restlichen unabhängigen Variablen.	Positionen von VertreterInnen nationaler Oppositionsparteien primär durch parteipolitische Faktoren bestimmt.

¹ 2004 ist das erste Jahr, für das es Eurostat-Daten für die neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa und dem Mittelmeerraum gibt.

² Fehlende Werte im Chapel-Hill-Datensatz wurden mit den entsprechenden Daten von Benoit/Laver (2006) ergänzt. Die unterschiedlichen Skalen der Benoit/Laver-Daten wurden, ausgehend von den jeweiligen Distanzen zum Mittelpunkt, transformiert. Werte für Koalitionsregierungen wurden auf Grundlage der jeweiligen Kabinettsitze berechnet (Quelle: Political Data Yearbooks des European Journal of Political Research).

Unabhängige Variablen

Die Indikatoren, die herangezogen wurden, um die unabhängigen Variablen zu messen, sowie die zugehörigen Hypothesen und die erwarteten Effekte sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

3.3. Ergebnisse

Zur Überprüfung der Hypothesen werden vier OLS-Regressionsmodelle geschätzt. Um die Hypothesen 1–5 zu testen, berechnet Modell 1 den Einfluss der verschiedenen Variablen zu parteipolitischen Ideologien und nationalen Interessen auf die Positionen aller erfassten Delegierten. Die Modelle 2, 3 und 4 berechnen Interaktionseffekte zwischen diesen Variablen und einer Reihe von Dummy-Variablen, die für die Zugehörigkeit zu verschiedenen Kategorien von Delegierten stehen (EuropaparlamentarierInnen, RegierungsvertreterInnen, RepräsentantInnen nationaler Oppositionsparteien). Die Ergebnisse dieser Interaktionsmodelle müssen miteinander verglichen werden, um die Hypothesen 6, 7 und 8 zu testen. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse sind in Tabelle 2 zusammengefasst.

Allgemeine Trends

Modell 1 zeigt, dass die Positionen der Delegierten zur Ausweitung von Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungen in der EU-Sozialpolitik durch eine Kombination parteipolitischer Ideologien und nationaler Interessen erklärt werden können. Unter den parteipolitischen Faktoren erweist sich die ökonomische Links-Rechts-Positionierung als erklärungskräftigster Faktor, der einen starken und hoch signifikanten Einfluss auf die Haltungen der Konventsmitglieder ausübt. Demgegenüber erreichen weder die Unterstützung der europäischen Integration noch der Grad des Extremismus den Status statistischer Signifikanz. Bei Letzterem ist sogar das Vorzeichen des Koeffizienten falsch, d.h. entgegen den Erwartungen von Hypothese 4 schienen Delegierte von extremeren Parteien den Ausbau der EU-Sozialpolitik stärker zu unterstützen als solche von zentristischen Parteien. Die klassische Konfliktlinie der politischen Auseinandersetzung entlang der Links-Rechts-Achse spielte also in der Debatte über die Reform der EU-Sozialpolitik eine wichtige Rolle. Delegierte linker Parteien setzten sich insgesamt deutlich stärker für einen Ausbau der EU-Sozialpolitik ein als rechte Konventsmitglieder.

Doch auch nationale Interessen hatten einen deutlichen Einfluss.¹⁰ Unter den drei untersuchten Variablen erwies sich ebenfalls nur ein Faktor als statistisch signifikant: das Ausmaß des zu erwartenden „Misfit“. Der Wert für den Indikator Sozialausgaben hat darüber hinaus das falsche Vorzeichen. Die nationalen Interessen der Delegierten wurde also nicht durch den Nettozahler- oder Nettoempfänger-Status der jeweiligen Länder oder die generelle Höhe der nationalen Sozialstandards bestimmt, sondern vor allem durch die Frage, inwiefern die jeweiligen nationalen Regelungstraditionen und -modelle mit einem weiteren Ausbau der EU-Sozialgesetzgebung in Konflikt geraten könnten. Der Unterschied wird deutlich, wenn man beispielsweise die Positionen der Delegierten aus den nordischen Ländern näher betrachtet. Obwohl diese Länder zu den reichen Nettozahlern gehören und über generöse Wohlfahrtsstaaten verfügen, neigten die nordischen Delegierten zu eher zurückhaltenden Positionen, da die nordischen Staaten bereits heute Probleme haben, ihre auf Sozialpartnerautonomie ausgerichteten Arbeitsrechtssysteme mit den Anforderungen sozialpolitischer EU-Richtlinien in Einklang zu bringen (Leiber 2005).

Unterschiede zwischen EP-Abgeordneten und nationalen AkteurInnen?

Die Modelle 2, 3 und 4 dienen dazu herauszufinden, ob es signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Kategorien von Delegierten gibt. Zu diesem Zweck müssen die gemeinsamen Effekte der Interaktionsterme und der zugehörigen Marginaleffekte in den jeweiligen Modellen

Tabelle 2: Ergebnisse der Regressionsanalyse

	(1)	(2)	(3)	(4)
	Alle Deleg.	MdEP	Regierungen	Oppositions-part.
Links-Rechts	-0.186*** (0.037)	-0.158*** (0.041)	-0.190*** (0.036)	-0.086 (0.052)
EU-Unterstützung	0.104 (0.072)	0.141 (0.086)	0.123 (0.072)	-0.104 (0.127)
Grad des Extremismus	0.091 (0.110)	0.281* (0.132)	0.000 (0.111)	-0.052 (0.147)
Misfit	-0.669*** (0.142)	-0.751*** (0.153)	-0.460** (0.156)	-0.796*** (0.181)
Nettozahler	0.016 (0.121)	0.034 (0.121)	0.098 (0.132)	-0.075 (0.148)
Sozialausgaben	-0.016 (0.018)	-0.022 (0.019)	-0.044* (0.020)	0.039 (0.025)
Akteurs-Dummy (MEP/GOV/OPP)		1.982 (2.749)	-1.081 (1.822)	1.083 (1.369)
Akteurs-Dummy* Links-Rechts		-0.135 (0.086)	0.002 (0.124)	-0.160* (0.071)
Akteurs-Dummy* EU-Unterstützung		-0.234 (0.179)	-0.285 (0.228)	0.290 (0.153)
Akteurs-Dummy* Grad des Extremismus		-0.677* (0.264)	0.171 (0.307)	0.168 (0.203)
Akteurs-Dummy* Misfit		-0.178 (0.429)	-0.543 (0.281)	0.452 (0.270)
Akteurs-Dummy* Nettozahler		-0.501 (0.779)	-0.266 (0.245)	0.076 (0.230)
Akteurs-Dummy* Sozialausgaben		0.048 (0.083)	0.086* (0.037)	-0.083* (0.035)
Konstante	2.012** (0.736)	1.483 (0.777)	2.834*** (0.784)	1.409 (1.024)
N	90	90	90	90
adj. R ²	0.434	0.471	0.550	0.541

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist die Position der Delegierten zur Ausdehnung von Kompetenzen und Mehrheitsentscheidungen in der EU-Sozialpolitik. Angegeben sind die unstandardisierten Koeffizienten, Standardfehler in Klammern. „Akteurs-Dummy“ steht für die in der Bezeichnung des jeweiligen Modells angegebenen Dummy-Variablen: MEP in Modell 2, GOV in Modell 3, OPP in Modell 4.

* p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

verglichen werden (Kam/Franzese 2007, 43ff.). In Modell 2 sind die gemeinsamen Effekte von Extremismus und der Interaktion zwischen Extremismus und Zugehörigkeit zur Gruppe der Europaabgeordneten sowie von Sozialausgaben und der Interaktion zwischen Sozialausgaben und der Zugehörigkeit zur Gruppe der Europaabgeordneten statistisch signifikant.¹¹ Das bedeutet, dass sich die Gruppe der Europaabgeordneten in zweifacher Hinsicht von den restlichen Delegierten unterscheidet. Erstens gibt es unter ihnen, anders als in der Gesamtgruppe, einen signifikanten Zusammenhang zwischen Extremismus und Unterstützung sozialpolitischer Integration, und zwar in der angenommenen Richtung. Zweitens gilt für Abgeordnete des Europäischen Parlaments auch die Erwartung, dass Delegierte aus Ländern mit höheren Sozialstandards eine Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik stärker unterstützen als ihre KollegInnen aus Ländern mit niedrigeren Standards. Diese Effekte bestätigen allerdings nicht die Hypothese 6, die erwartet hätte, dass die Positionen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments stärker von ideologischen Faktoren bestimmt werden. Es scheint vielmehr so zu sein, dass auch unter Europaabgeordneten sowohl parteipolitische Faktoren als auch nationale Interessen eine wichtige Rolle spielen. Lediglich die Art dieser Einflüsse unterscheidet sich leicht vom Rest der untersuchten Delegierten.

Unterschiede zwischen Regierungsvertretern und ParlamentarierInnen?

Modell 3 scheint zu suggerieren, dass RegierungsvertreterInnen nationale Interessen stärker betonten als ParlamentarierInnen. Der gemeinsame Effekt von Sozialausgaben und der Interaktion zwischen Sozialausgaben und der Zugehörigkeit zur Gruppe der RegierungsvertreterInnen ist statistisch signifikant, d.h. unter RegierungsvertreterInnen gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen nationalen Sozialstandards und Unterstützung der EU-Sozialpolitik. Daneben existiert auch ein signifikanter Zusammenhang zwischen der generellen Unterstützung der europäischen Integration und dem Ausmaß der Befürwortung sozialpolitischer Reformen (der gemeinsame Effekt von EU-Unterstützung und der Interaktion zwischen EU-Unterstützung und der Zugehörigkeit zur Gruppe der RegierungsvertreterInnen ist signifikant). Das Vorzeichen des Koeffizienten für den Interaktionsterm ist allerdings negativ, d.h. unter RegierungsvertreterInnen scheinen euroskeptischere Delegierte einen Ausbau der EU-Sozialpolitik stärker zu unterstützen als stärker proeuropäische. Dieser widersinnige Zusammenhang deutet darauf hin, dass die eigentliche Erklärung der Positionen von RegierungsvertreterInnen bei ihren nationalen Interessen zu suchen ist. Dieser Befund scheint die Erwartung von Hypothese 7 zu unterstützen, wonach Regierungen bei der Positionsbestimmung stärker auf nationale Interessen achten als ParlamentarierInnen. Die Frage ist allerdings, ob die Betonung nationaler Interessen auf RegierungsvertreterInnen beschränkt ist, oder ob auch die Positionen parlamentarischer Delegierter von Regierungsparteien eher durch nationale Interessen bestimmt wurden, während OppositionsvertreterInnen parteipolitische Ziele vertraten. Um dies herauszufinden, müssen die Ergebnisse von Modell 4 in die Analyse mit einbezogen werden.

Die Bedeutung von nationalen Regierungs-Oppositions-Gegensätzen

Modell 4 liefert Hinweise darauf, dass die eigentliche Trennlinie nicht zwischen ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen verläuft, sondern arenenübergreifend entlang des Gegensatzes zwischen nationalen Regierungs- und Oppositionsparteien. In Modell 4 sind die gemeinsamen Effekte von Links-Rechts-Positionierung und der Interaktion zwischen Links-Rechts-Positionierung und der Zugehörigkeit zur Gruppe der OppositionsvertreterInnen sowie von

EU-Unterstützung und der Interaktion zwischen EU-Unterstützung und der Zugehörigkeit zur Gruppe der OppositionsvertreterInnen statistisch signifikant. Das bedeutet, dass die Positionen von Delegierten, die einer nationalen Oppositionspartei angehörten, egal ob als Mitglied eines nationalen Parlaments oder des Europäischen Parlaments, deutlich stärker von parteipolitischen Faktoren wie dem Links-Rechts-Gegensatz und der generellen Haltung zur europäischen Integration bestimmt waren als die Positionen von RepräsentantInnen nationaler Regierungsparteien, bei denen umgekehrt nationale Interessen eine stärkere Rolle spielten. Der parteipolitische Einfluss ist stark genug, um gleichzeitig dazu zu führen, dass unter OppositionsvertreterInnen ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der heimischen Sozialstandards und der Unterstützung sozialpolitischer Integration auftritt (der F-Test für Sozialausgaben und der Interaktion zwischen Sozialausgaben und der Zugehörigkeit zur Gruppe der OppositionsvertreterInnen ist signifikant). Dieser widersinnige Zusammenhang ist offensichtlich ein Nebenprodukt der parteipolitischen Determinanten.

Angesichts dieses Befundes erscheinen auch die Ergebnisse der Modelle 2 und 3 in einem neuen Licht. Die Mischung aus parteipolitischen und nationalen Einflüssen in der Gruppe der EP-Abgeordneten lässt sich darauf zurückführen, dass unter den EuropaparlamentarierInnen sowohl VertreterInnen nationaler Regierungs- als auch RepräsentantInnen nationaler Oppositionsparteien waren. Da die Gruppe der RegierungsvertreterInnen per definitionem keine Oppositionsdelegierte enthielt, kamen hier besonders stark nationale Interessen zum Tragen.

4. Fazit

Die wesentlichen Ergebnisse der empirischen Analyse lassen sich in folgenden vier Punkten zusammenfassen.

1. Parteipolitische Faktoren hatten wesentlichen Einfluss auf die Positionen der Delegierten zur Reform der Vertragsgrundlagen in der EU-Sozialpolitik. Dabei zeigte sich die Links-Rechts-Konfliktlinie als besonders erklärungskräftig. Der Grad des Extremismus spielte nur unter Europaabgeordneten eine wesentliche Rolle, und die generelle Haltung zur europäischen Integration war nur in der Gruppe der Oppositionsdelegierten von Bedeutung. Dieser Befund bestätigt die Erwartungen von Hooghe et al. (2002b) oder Hix et al. (2007). Die aus der nationalen Politik bekannte Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts spielte also auch bei der Debatte über die Reform der Kompetenzen und Entscheidungsregeln in der EU-Sozialpolitik eine wichtige Rolle.
2. Die Debatte zur Zukunft der EU-Sozialpolitik war allerdings nicht nur von parteipolitischen Erwägungen bestimmt. Nationale Interessen spielten ebenfalls eine entscheidende Rolle. Unter diesen Faktoren hatte das „Misfit“-Argument die höchste Erklärungskraft (Héritier et al. 1996). Das Ausmaß der ökonomischen Kosten spielte nur unter Europaabgeordneten und RegierungsvertreterInnen eine zusätzliche erklärende Rolle. Die Konventsdebatten zur Zukunft der EU-Sozialpolitik waren also auch von nationalen Interessen geprägt. Diese ließen sich aber nicht auf den von Zimmer et al. (2005) hervorgehobenen Gegensatz zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern zurückführen, und sie standen auch nur teilweise mit der von Moravcsik (1998) ins Feld geführten Gegenüberstellung von Ländern mit hohen und niedrigen Sozialstandards in Verbindung. Sie resultieren vielmehr vor allem aus dem Streben, europäische Entscheidungen zu verhindern, die mit den nationalen Politiktraditionen und Regelungsmodellen in Konflikt geraten könnten.

3. Geht man einen Schritt weiter und fragt danach, inwiefern die verschiedenen institutionellen Rollendefinitionen der Delegierten Einfluss auf ihre Positionen ausübten, so zeigt sich ein Unterschied zwischen RepräsentantInnen von Regierungsparteien, die vor allem nationale Interessen verfolgten, und VertreterInnen nationaler Oppositionsparteien, die eher parteipolitischen Positionen zuneigten. Diese auf die europäische Ebene übertragene nationale Konfliktlinie liegt quer zu den sonstigen institutionellen Arenen europäischer Politik, d.h. sie gilt für Europaabgeordnete ebenso wie für nationale ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen. Die empirischen Ergebnisse sprechen also nicht dafür, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments besonders unabhängig von ihren WählerInnen und ihren jeweiligen nationalen Parteien sind oder dass Parlamente und Regierungen grundsätzlich unterschiedliche Gruppierungen vertreten. Die Konfliktlinie zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien ist auf unterschiedliche Verantwortlichkeiten beider Seiten gegenüber nationalen WählerInnenschaften zurückzuführen. Da Regierungen und die sie parlamentarisch unterstützenden Parteien für die nationale Durchsetzung europäischer Beschlüsse sorgen müssen, sind sie es, die von den WählerInnen für mögliche negative Effekte dieser Beschlüsse verantwortlich gemacht werden. Um dafür bei der nächsten Wahl nicht abgestraft zu werden, müssen die Regierungskräfte versuchen, größere Umstellungen der nationalen Regelungstraditionen und die damit verbundenen Kosten zu vermeiden. Das gilt nicht für die Opposition. Diese könnte sogar stillschweigend „unbequeme“ europäische Entscheidungen in Kauf nehmen, um aus dem zu erwartenden öffentlichen Gegenwind für die Regierung Kapital zu schlagen. Daher spielte die Verteidigung nationaler Interessen unter VertreterInnen von Oppositionsparteien keine entscheidende Rolle. Diese verfolgten stattdessen eher ideologische Ziele.
4. Schließlich weist die Untersuchung darauf hin, dass die Forschung zu den Konfliktstrukturen in der EU-Politik in Zukunft stärker auf Unterschiede zwischen Politikbereichen oder sogar einzelnen Gesetzesvorschlägen achten sollte. Um die tatsächlichen Anpassungskosten einer geplanten europäischen Entscheidung abschätzen zu können, müssen die bestehenden nationalen Regelungen sehr genau analysiert werden. Ohne eine solche detaillierte Analyse dürfte es nur schwer möglich sein, die nationale Logik hinter den Positionen der AkteurInnen zu verstehen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die relative Bedeutung parteipolitischer Ideologien und nationaler Interessen von Politikbereich zu Politikbereich stark variiert. Es ist daher nicht zu erwarten, dass das in diesem Beitrag für den Bereich der EU-Sozialpolitik festgestellte Gewicht parteipolitischer und nationaler Faktoren repräsentativ für andere Politikfelder ist. In Politikbereichen, in denen es vor allem um die Verteilung relativer Gewinne und Verluste zwischen den Mitgliedstaaten geht, dürften ideologische Differenzen eine deutlich geringere Rolle spielen. Weitere Unterschiede können dadurch entstehen, dass in manchen Politikbereichen der ökonomische Links-Rechts-Gegensatz weniger stark zum Tragen kommt als die Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Überzeugungen. Die künftige Forschung wird klären müssen, inwiefern die politische Auseinandersetzung auf der europäischen Ebene auch von solchen politikbereichsspezifischen Unterschieden geprägt ist.

Unabhängig davon, wie die Mischung parteipolitischer und nationaler Konfliktlinien in einem bestimmten Politikfeld im Einzelnen aussehen mag, lässt sich aus den Ergebnissen der vorliegenden Studie die Erwartung ableiten, dass VertreterInnen nationaler Regierungsparteien jeweils stärker dem Pol der nationalen Interessen zuneigen werden als OppositionsrepräsentantInnen

und diese wiederum parteipolitische Ziele mehr betonen werden als die Angehörigen des Regierungslagers.

ANHANG

Tabelle 3: Nationale Herkunft der untersuchten Positionen

Land	Delegierte im Sample	Alle relevanten Delegierten ¹	Prozentanteile (Sample)	Prozentanteile (alle relevanten Delegierten) ¹
AT	6	10	6.67	4.39
BE	7	7	7.78	3.07
BG	–	6	–	2.63
CY	–	6	–	2.63
CZ	2	6	2.22	2.63
DE	8	11	8.89	4.82
DK	6	9	6.67	3.95
EE	–	9	–	3.95
ES	4	8	4.44	3.51
FI	8	10	8.89	4.39
FR	6	10	6.67	4.39
GR	3	8	3.33	3.51
HU	1	6	1.11	2.63
IE	2	7	2.22	3.07
IT	2	9	2.22	3.95
LT	1	10	1.11	4.39
LU	3	6	3.33	2.63
LV	3	9	3.33	3.95
MT	–	6	–	2.63
NL	6	7	6.67	3.07
PL	4	6	4.44	2.63
PT	4	9	4.44	3.95
RO	–	8	–	3.51
SE	4	7	4.44	3.07
SI	3	9	3.33	3.95
SK	1	6	1.11	2.63
TR	–	12	–	5.26
UK	6	11	6.67	4.82
Summe	90	228	100.00	100.00

¹ Die Kategorie „alle relevanten Delegierten“ umfasst alle EP-Abgeordneten, RegierungsvertreterInnen und nationalen ParlamentarierInnen, die während der Debatten zur EU-Sozialpolitik Mitglieder des Konvents

waren (Dezember 2002–Juli 2003). Ausgeschlossen wurden Beobachter, KommissionsvertreterInnen und Mitglieder des Vorsitzes sowie Delegierte, die vor Beginn der Diskussionen zum Thema Sozialpolitik im Dezember 2002 aus dem Konvent ausgeschieden waren.

Tabelle 4: Verteilung der Positionen auf unterschiedliche Kategorien von Delegierten

	Delegierte im Sample	Alle relevanten Delegierten ¹	Prozentanteile (Sample)	Prozentanteile (alle relevanten Delegierten) ¹
Regierungen	24	63	26.67	27.63
Nationale Parlamente	45	133	50.00	58.33
Europäisches Parlament	21	32	23.33	14.04
Summe	97	228	100.00	100.00
Regierungsparteien	47	142	52.22	62.28
Oppositionsparteien	43	86	47.78	37.72
Summe	97	228	100.00	100.00

¹ Die Kategorie „alle relevanten Delegierten“ umfasst alle EP-Abgeordneten, RegierungsvertreterInnen und nationalen ParlamentarierInnen, die während der Debatten zur EU-Sozialpolitik Mitglieder des Konvents waren (Dezember 2002–Juli 2003). Ausgeschlossen wurden Beobachter, KommissionsvertreterInnen und Mitglieder des Vorsitzes sowie Delegierte, die vor Beginn der Diskussionen zum Thema Sozialpolitik im Dezember 2002 aus dem Konvent ausgeschieden waren.

Tabelle 5: Häufigkeitsverteilung der abhängigen Variable

Wert	Häufigkeit
-0,5	2
0,0	17
0,5	5
1,0	32
1,5	3
2,0	31

ANMERKUNGEN

- 1 Für kompetente Hilfe bei der empirischen Recherche und der Erstellung des Datensatzes danke ich Hannes Biedermann und Cem Ertay. Juan Casado Asensio, Sylvia Kritzinger und Zoe Lefkofridi haben mir darüber hinaus bei der Auswertung einiger fremdsprachiger Konventsbeiträge geholfen. Guido Tiemann stand mir dankenswerterweise mit nützlichen Tipps zur statistischen Analyse zur Seite. Schließlich danke ich der Gutachterin bzw. dem Gutachter der ÖZP für hilfreiche Kommentare und Anregungen.
- 2 Ein geringerer Grad der Kontrolle durch nationale WählerInnenschichten würde erklären, warum die bisherige Forschung zum Abstimmungsverhalten der Europaabgeordneten vor allem ideologische Muster identifiziert hat. Wären die Bindungen zwischen Abgeordneten und WählerInnen so eng wie etwa im US-Kongress, müsste sich im Europäischen Parlament wesentlich mehr wahlkreis- oder jedenfalls herkunftslandbezogene Politik der Abgeordneten nachweisen lassen.
- 3 Aufgrund der unmittelbaren Verknüpfung zwischen der konstitutionellen Festlegung von Entscheidungsregeln in der EU-Sozialpolitik und dem zu erwartenden Output an sozialpolitischen EU-Vorschriften ist davon auszugehen, dass sich die Logik der Positionierung zu dieser konstitutionellen Frage nicht wesentlich von Entscheidungen über

- konkrete sozialpolitische Gesetzesinitiativen unterscheidet. Insofern sollten auch die eher von Untersuchungen legislativer Prozesse abgeleiteten Hypothesen problemlos auf dieses empirische Material angewendet werden können.
- 4 Siehe http://european-convention.eu.int/doc_wg.asp?lang=DE.
 - 5 Siehe http://www.europarl.europa.eu/Europe2004/textes/verbatim_021107.htm, http://www.europarl.europa.eu/Europe2004/textes/verbatim_030206.htm und http://www.europarl.europa.eu/Europe2004/textes/verbatim_030207.htm.
 - 6 Siehe <http://european-convention.eu.int/amendemTrait.asp?lang=DE>.
 - 7 Die Daten des DOSEI-Projekts wurden bislang nicht veröffentlicht. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzusehen, ob diese Daten vergleichbare Informationen zur Reform der EU-Sozialpolitik enthalten und inwiefern diese möglicherweise von den hier vorgestellten Daten abweichen.
 - 8 Aufgrund des großen Umfangs der zugrunde liegenden Texte wurde darauf verzichtet, die Codierung durch mehrere Personen vornehmen zu lassen, um dadurch die Zuverlässigkeit zu erhöhen. In der Praxis erwies sich die Bestimmung der Positionen der Delegierten und die Zuordnung von Indexwerten allerdings als relativ problemlos. Insbesondere traten keine größeren Probleme mit widersprüchlichen Aussagen auf.
 - 9 Aus der Grundgesamtheit der Delegierten ausgeschlossen wurden Beobachter und Kommissionsvertreter, da diese sich nicht einer Partei und einem Land zuordnen ließen, sowie die drei Mitglieder des Konventsvorsitzes, deren Hauptaufgabe darin bestand, die Positionen der Delegierten zu bündeln, weshalb sie keine eigenen individuellen Positionen in die Diskussion einbrachten. Ebenfalls ausgeschlossen wurden Delegierte, die bereits vor Beginn der Konventsarbeiten zum Thema Sozialpolitik im Dezember 2002 aus dem Konvent ausgeschieden waren.
 - 10 Die Effekte der parteipolitischen Variablen sind insgesamt etwas stärker als die der auf nationale Interessen bezogenen Faktoren. Schätzt man ein Modell, das nur die drei parteipolitischen Variablen enthält, dann erklärt dieses 30 Prozent der Varianz ($\text{adjusted } R^2 = 0.300$), während das entsprechende Modell für die Variablen zu den nationalen Interessen rund 26 Prozent der Varianz erklärt ($\text{adjusted } R^2 = 0.264$).
 - 11 Die Ergebnisse dieser Wald-Tests der gemeinsamen Effekte werden aus Platzgründen im vorliegenden Beitrag nicht vollständig berichtet. Sie werden allerdings auf Nachfrage vom Autor zur Verfügung gestellt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aspinwall*, Mark (2002). Preferring Europe: Ideology and National Preferences on European Integration, in: *European Union Politics*, Vol. 3(1), 81–111.
- Aspinwall*, Mark (2007). Government Preferences on European Integration: An Empirical Test of Five Theories, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 37(1), 89–114.
- Benoit*, Kenneth/Michael *Laver* (2006). *Party Policy in Modern Democracies*, London.
- Callaghan*, Helen/Martin *Höpner* (2005). European Integration and the Clash of Capitalisms: Political Cleavages over Takeover Liberalization, in: *Comparative European Politics*, Vol. 3(3), 307–332.
- CEC* (2006). *Allocation of 2005 EU Expenditure by Member States*, Brussels, Commission of the European Communities.
- Falkner*, Gerda/Oliver *Treib*/Miriam *Hartlapp*/Simone *Leiber* (2005). *Complying with Europe: EU Harmonisation and Soft Law in the Member States*, Cambridge.
- Ferner*, Anthony/Richard *Hyman* (Hg.) (1999). *Changing Industrial Relations in Europe*, 2. Auflage, Oxford.
- Hayes-Renshaw*, Fiona/Wim *Van Aken*/Helen *Wallace* (2006). When and Why the EU Council of Ministers Votes Explicitly, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 44(1), 161–194.
- Héritier*, Adrienne/Christoph *Knill*/Susanne *Mingers* (1996). *Ringling the Changes in Europe: Regulatory Competition and Redefinition of the State*, Berlin.
- Hix*, Simon/Abdul *Noury*/Gérard *Roland* (2007). *Democratic Politics in the European Parliament*, Cambridge.
- Hooghe*, Liesbet (2001). *The European Commission and the Integration of Europe: Images of Governance*, Cambridge.
- Hooghe*, Liesbet/Gary *Marks*/Erica *Edwards*/Moira *Nelson*/David *Scott*/Marco *Steenbergen*/Milada *Vachudova* (2002a). *Chapel Hill Party Dataset 2002*, Chapel Hill, Internet: <http://www.unc.edu/~hooghe/parties.htm>
- Hooghe*, Liesbet/Gary *Marks*/Carole J. *Wilson* (2002b). Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 35(8), 965–989.
- Kam*, Cindy D./Robert J. *Franzese* (2007). *Modeling and Interpreting Interactive Hypotheses in Regression Analysis*, Ann Arbor.
- König*, Thomas (Hg.) (2005). *Methods and Measuring Positions on European Constitution-building: Special Issue of European Union Politics*, Vol. 6(3), London.

- König, Thomas/Simon Hug* (Hg.) (2006). *Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries*, London.
- Kreppel, Amie* (2002). *The European Parliament and Supranational Party System*, Cambridge.
- Kritzinger, Sylvia* (2003). The Influence of the Nation-State on Individual Support for the European Union, in: *European Union Politics*, Vol. 4(2), 219–241.
- Kritzinger, Sylvia* (2005). European Identity Building from the Perspective of Efficiency, in: *Comparative European Politics*, Vol. 3(1), 50–75.
- Leiber, Simone* (2005). *Europäische Sozialpolitik und nationale Sozialpartnerschaft*, Frankfurt/M.
- Lindgren, Karl-Oskar/Thomas Persson* (2008). The Structure of Conflict over EU Chemical Policy, in: *European Union Politics*, Vol. 9(1), 31–58.
- Lowi, Theodore J.* (1972). Four Systems of Policy, Politics and Choice, in: *Public Administration Review*, Vol. 32(4), 298–310.
- Manow, Philip* (2005). National Vote Intention and European Voting Behaviour, 1979–2004: Second-order Election Effects, Election Timing, Government Approval and the ‚Europeanization‘ of EP-elections, MPIfG Discussion Paper 05/11, Cologne.
- Manow, Philip/Armin Schäfer/Hendrik Zorn* (2004). *European Social Policy and Europe’s Party-Political Center of Gravity, 1957–2003*, MPIfG Discussion Paper 04/6, Cologne.
- Marks, Gary* (2004). Conclusion: European Integration and Political Conflict, in: *Gary Marks/Marco R. Steenbergen* (Hg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge, 235–259.
- Marks, Gary/Marco R. Steenbergen* (Hg.) (2004). *European Integration and Political Conflict*, Cambridge.
- Marsh, Michael* (1998). Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 28(4), 591–607.
- Mattila, Mikko* (2004). Contested Decisions: Empirical Analysis of Voting in the Council of Ministers, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 43(1), 29–50.
- Mattila, Mikko/Jan-Erik Lane* (2001). Why Unanimity in the Council? A Roll Call Analysis of Council Voting, in: *European Union Politics*, Vol. 2(1), 31–52.
- Moravcsik, Andrew* (1998). The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca.
- Paoli, Pascal/Agnès Parent-Thirion* (2003). *Working Conditions in the Acceding and Candidate Countries*, Dublin.
- Raunio, Tapio* (1997). *The European Perspective: The Transnational Party Groups in the 1989–1994 European Parliament*, Aldershot.
- Reif, Karl-Heinz/Hermann Schmitt* (1980). Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 8(1), 3–44.
- Thomson, Robert/Jovanka Boerefijn/Frans Stokman* (2004). Actor Alignments in European Union Decision Making, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 43(2), 237–261.
- Thomson, Robert/Frans N. Stokman/Christopher H. Achen/Thomas König* (Hg.) (2006). *The European Union Decides*, Cambridge.
- Tsebelis, George* (2005). Assessing the Contributions of the DOSEI Project, in: *European Union Politics*, Vol. 6(3), 377–390.
- Vaughan-Whitehead, Daniel C.* (2003). *EU Enlargement Versus Social Europe? The Uncertain Future of the European Social Model*, Cheltenham.
- Wonka, Arndt* (2007). Technocratic and Independent? The Appointment of European Commissioners and Its Policy Implications, in: *Journal of European Public Policy*, Vol. 14(2), 169–189.
- Zimmer, Christina/Gerald Schneider/Michael Dobbins* (2005). The Contested Council: Conflict Dimensions of an Inter-governmental EU Institution, in: *Political Studies*, Vol. 53(2), 403–422.

AUTOR

Oliver TREIB ist Leiter der Abteilung Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem ländervergleichende Aspekte der Implementation europäischer Gesetzgebung, die Rolle nationaler Parteipolitik in Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene sowie Theorie und Praxis von Governance in der EU und auf nationaler Ebene.

Kontaktadresse: Institut für Höhere Studien, Abteilung Politikwissenschaft, Stumpergasse 56, A-1060 Wien.

E-mail: treib@ihs.ac.at